

II. Bewerbungsbedingungen

1. Gegenstand der Ausschreibung

Gegenstand der nationalen, öffentlichen Ausschreibung ist die Lieferung, Inbetriebnahme und betriebsbereite Übergabe eines YAG-Lasers für die Klinik und Poliklinik für Urologie des Universitätsklinikum Leipzig AöR.

Es werden nur vollständig ausgefüllte Angebote gewertet. Unvollständig ausgefüllte Angebote werden ausgeschlossen.

2. Angaben zum Verfahren

2.1. Rechtlicher Rahmen

Die Ausschreibung erfolgt unter Beachtung der Vorschriften des Gesetzes über die Vergabe öffentlicher Aufträge nach der „Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen (VOL)“, Teil A „Allgemeine Bestimmungen für die Vergabe von Leistungen“ (VOL/A), Ausgabe 2009.

Die Vergabeunterlagen und alle Informationen, die Bieter im Rahmen des Vergabeverfahrens erhalten, sind vertraulich zu behandeln.

2.2. Verfahren

2.2.1. Verfahrensart

Die Ausschreibung erfolgt in Form einer öffentlichen Ausschreibung nach der VOL/A §3.

2.2.2. Prüfung der Vergabeunterlagen

Jeder Bieter hat sich nach Erhalt der Vergabeunterlagen unverzüglich über deren Vollständigkeit zu vergewissern. Bestehen nach Auffassung eines Bieters Widersprüche oder Unklarheiten in den Unterlagen, sind diese dem Auftraggeber unverzüglich schriftlich, fernschriftlich oder telegrafisch mitzuteilen, **spätestens jedoch bis zum 08.05.2026**.

2.2.3. Fragen

Fragen, die mit dem Vergabeverfahren im Zusammenhang stehen, sind ausschließlich über das Vergabeportal www.dtv.de bis zum **08.05.2026** zu stellen.

Alle Antworten sowie weitere das Vergabeverfahren ergänzende und berichtigende Angaben zu den Vergabeunterlagen oder zum vorgesehenen Verfahrensablauf werden den Bietern ausschließlich auf der Vergabeplattform www.dtv.de mitgeteilt.

Die Identität des Fragestellers wird dabei nicht offenbart. Soweit die Fragen auf die Identität oder Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse des Fragestellers, die dieser gegebenenfalls in der Frage zu kennzeichnen hat, schließen lassen, werden die Fragen vor Weiterleitung an andere Bieter entsprechend anonymisiert.

HINWEIS:

Hier ist zu beachten, dass nur registrierte Bieter seitens der Vergabeplattform www.dtv.de über eine neue Nachricht informiert werden.

Nichtregistrierte Bieter erhalten keine automatische Information und müssen sich zum Erhalt aller vergaberelevanten Informationen aufschalten.

Telefonische Auskünfte werden nicht erteilt! Sie wären - falls sie doch erteilt werden – nicht verbindlich.

Jeder Bieter, der sich an dem Vergabeverfahren beteiligt, unterliegt bis zur Zuschlagserteilung der Kontaktsperre direkt mit dem Anwender / Nutzer.

Kontaktversuche seitens des Anwenders / Nutzers mit dem Bieter sind strikt abzulehnen und der Vergabestelle mitzuteilen.

Bei Verstoß gegen diese Kontaktsperre wird der Bieter sofort vom Verfahren ausgeschlossen, siehe § 124 GWB, Punkt 9

Öffentliche Auftraggeber können unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens ausschließen, wenn das Unternehmen

a) versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen,

b) versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder

c) fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder versucht hat, solche Informationen zu übermitteln.

2.3. Frist für den Angebotseingang

Die Frist für die Einreichung des Angebotes endet am **18.05.2026, 12.00 Uhr**.

3. Unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen

Angebote von Bietern, die sich im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren an einer unzulässigen Wettbewerbsbeschränkung beteiligen (vgl. §1 GWB), werden ausgeschlossen.

Zur Bekämpfung der Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs hat der Bieter auf Verlangen Auskünfte darüber zu geben, ob und auf welche Art der Bieter wirtschaftlich und rechtlich mit anderen Unternehmen verbunden ist. Das gilt besonders für Bietergemeinschaften.

4. Form und Bestandteile des Angebotes

4.1. Form des Angebotes

Das Angebot ist in all seinen Bestandteilen in **deutscher Sprache** abzufassen und **spätestens bis zum 18.05.2026, 12.00 Uhr**, zu den folgenden möglichen Bedingungen abzugeben:

Bedingungen Papierform:

- Das Angebot ist in einem fensterlosen, verschlossenen Umschlag in 1-facher Ausfertigung in Papierform, unterschrieben abzugeben.
Der Umschlag ist mit Absender und Adresse sowie der Bezeichnung „Ausschreibung für die Lieferung, Inbetriebnahme und betriebsbereite Übergabe eines YAG-Lasers für die Klinik und Poliklinik für Urologie des Universitätsklinikum Leipzig AöR“ und Angabe der Ausschreibungsnummer: „2026-18-YAG-Laser-Urologie-E48“ deutlich zu beschriften. Verwenden Sie hierzu unseren Vordruck „Kennzettel für Umschlag“.

Bedingungen elektronische Form:

- Das Angebot ist im Vergabeportal www.dtv.de elektronisch zur Verfügung zu stellen.

Das Angebot ist in Textform nach § 126b BGB zu übermitteln. § 126b BGB fordert eine lesbare Erklärung, in der die Person des Erklärenden genannt ist. Die zu übermittelnden Unterlagen und Formulare müssen dementsprechend nicht unterschrieben werden.

Bitte beachten Sie:

Die Upload-Größe ist auf 500MB limitiert. Im Fall einer Überschreitung ist rechtzeitig vor der Angebotsfrist (mind. 24h) die Vergabestelle zu kontaktieren.

Für das Angebot sind die vom Auftraggeber zur Verfügung gestellten Vordrucke zu verwenden. Die Verwendung selbst gefertigter Abschriften und Kurzfassungen ist unzulässig und führt zum Ausschluss.

Bestandteile des Angebotes:

- Angebotsschreiben
- Vergabeunterlagen mit Ausnahme des Schreibens „Aufforderung zur Angebotsabgabe“
- Leistungsbeschreibung
- Anlage 1: Übersicht der vom Bieter zu erbringenden Nachweise
- Anlage 2: Bieterdaten
- Anlage 3: Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen
- Anlage 4: Angaben zum Nachweis des Bieters über Referenzen
- Anlage 5: Anerkennung Compliance-Grundsätze
- Anlage 6: Ausführliche Produktunterlagen
- Anlage 7: Nachweis Betriebs- und Produkthaftpflichtversicherung
- Anlage 8: Anerkennung Fremdfirmenverordnung
- Anlage 9: Anerkennung Desinfektionsmittelliste
- Anlage 10: Eigenerklärung zu Russland-Sanktionen
- Anlage 11: Verhaltenskodex für Lieferanten
- Anlage 12: Verpflichtung zur Beachtung des Datenschutzes

Es gelten die Ausschlussgründe des § 123 und § 124 des GWB. Insbesondere werden Angebote ausgeschlossen, die unzulässige Änderungen oder Ergänzungen der Vergabeunterlagen enthalten.

Die allgemeinen Geschäftsbedingungen des Bieters sind ausgeschlossen. Ihre Beifügung führt zum Ausschluss des Angebotes.

Alle Preise sind in **Euro** und Bruchteile in vollen **Cent (2 Stellen nach dem Komma)** ohne und mit Umsatzsteuer anzugeben. Ebenfalls ist die Umsatzsteuer auf dem Angebotsblankett, wie verlangt, unter Zugrundelegung des geltenden Steuersatzes anzugeben.

Soweit Preisnachlässe ohne Bedingung gewährt werden, sind diese im Angebotsschreiben an der bezeichneten Stelle aufzuführen.

Alle Angebote und die hierfür erforderlichen Vorarbeiten sind für den Auftraggeber kostenlos.

Es kann bis zum Ablauf der Angebotsfrist schriftlich geändert, berichtigt oder zurückgezogen werden. Nachträgliche Berichtigungen oder Änderungen des Angebotes werden nur bis zum Ablauf der Angebotsfrist berücksichtigt. Bis zum Ablauf der Zuschlagsfrist ist der Bieter an sein Angebot gebunden. Das Angebot kann in dieser Zeit nicht geändert oder zurückgezogen werden.

Der Auftraggeber teilt unverzüglich, spätestens innerhalb von 10 Tagen nach Eingang des entsprechenden Antrages, den nicht berücksichtigten Bietern die Gründe für die Ablehnung ihres Angebotes sowie den Namen des erfolgreichen Bieters und den nicht berücksichtigten Bewerbern die Gründe für Ihre Nichtberücksichtigung mit. (§134 Abs. 2 GWB)

Mit der Abgabe seines Angebotes erklärt sich der Bieter damit einverstanden, dass im Falle der Zuschlagserteilung auf sein Angebot, unter den Voraussetzungen des §134 Abs. 1 GWB, sein Name bekannt gegeben wird. Sofern Gründe geltend gemacht werden, die gegen eine Bekanntmachung sprechen, entscheidet die Vergabestelle nach pflichtgemäßem Ermessen.

Das Angebot ist zu den im Leistungsverzeichnis beschriebenen Artikeln abzugeben. Soweit der Bieter Erläuterungen zur Beurteilung des Angebotes für erforderlich hält, sind diese auf einer gesonderten Anlage beizufügen.

4.2. Teststellung

Um die Qualität bzw. Funktionalität der angebotenen Geräte überprüfen zu können, führt der Auftraggeber eine verifizierende und wertende Teststellung durch. Diese Art der Teststellung dient der Überprüfung der in den schriftlichen Angeboten gemachten Angaben, d.h. anhand der Resultate der Teststellung werden die Angaben auf ihre Richtigkeit hin überprüft. Diese Bewertung geht in die Wertungsmatrix, siehe Punkt 8 – Zuschlagskriterien und deren Wichtung, ein.

Seitens des Auftraggebers nehmen an der Testung teil

- Bereich 2 - Materialwirtschaft, Einkauf
- Bereich 2 - Medizintechniker/-in
- Nutzer / Anwender

und nehmen die Bewertung anhand der Bewertungskriterien gemäß Punkt 8.1 vor.

Die geplante Teststellung findet ausschließlich im folgenden Zeitraum statt:

01.06.2026

Anlieferung durch den Bieter frei Verwendungsstelle und Einweisung

In der beiliegenden Verpflichtung zur Beachtung des Datenschutzes ist der entsprechende Mitarbeiter zu benennen, der am Tag der Lieferung, Einweisung und Abholung des Gerätes verantwortlich zeichnet. Sollte sich eine Änderung des angegebenen Mitarbeiters ergeben, ist am Tag der Lieferung eine neu ausgefüllte Bescheinigung vorzulegen!

02.06.2026 bis 11.06.2026

Begutachtung und Testung unter Beachtung der Verschwiegenheitspflicht

12.06.2026

Abholung durch den Bieter

Weiterführende Details sowie die Einladungen zu den Teststellungen werden separat mitgeteilt / übergeben. Alle Teststellungen erfolgen kostenfrei und auf eigene Gefahr des Auftragnehmers unter Angabe des o.g. Aktenzeichens an folgender Adresse:

**Universitätsklinikum Leipzig AöR
Klinik und Poliklinik für Urologie
Liebigstraße 20, 04103 Leipzig**

**Herr OA Ho Thi Phuc, Tel. 0341-97 17696
Herr Schönherr, Tel. 0341-97 19408 (Medizintechnik)**

Eine Bewertung der Angebote kann nur erfolgen, wenn diese Testung durch den Bieter gewährleistet wird. Ist dies nicht der Fall wird das Angebot ausgeschlossen.

Die Bieter, bei denen sich von vornherein andeutet, dass aufgrund der Preisintensität des Angebotes ein Zuschlag nur allein über den Technischen Wert nicht möglich ist, werden zu den Teststellungen nicht eingeladen.

4.3. Nebenangebote

Nebenangebote sind nicht zugelassen.

5. Arbeits- und Bietergemeinschaften

Bietergemeinschaften sind zugelassen, soweit ihre Bildung durch die jeweiligen Mitglieder im Einzelfall rechtmäßig ist und insbesondere nicht gegen § 1 GWB verstößt. Die aus Bietergemeinschaften hervorgehenden Arbeitsgemeinschaften/Konsortien haften gesamtschuldnerisch für die Erfüllung der vertraglichen Pflichten.

Bei Angeboten von Arbeits- und Bietergemeinschaften, die sich im Auftragsfall zusammenschließen wollen, sind im Angebot die Mitglieder der Gemeinschaft und die federführende Firma zu benennen.

Mit dem Angebot ist eine von allen Gemeinschaftsmitgliedern rechtsverbindlich unterschriebene Erklärung abzugeben, dass die federführende Firma als bevollmächtigter Vertreter, die im Verzeichnis aufgeführten Gemeinschaftsmitglieder gegenüber dem Auftraggeber vertritt und insbesondere berechtigt ist, mit Wirkung für jedes Mitglied ohne Einschränkung Zahlungen anzunehmen, sowie das jedes Gemeinschaftsmitglied für die vertragsgemäße Ausführung der Leistung als Gesamtschuldner haftet.

Bei der Weitergabe von Leistungen an Unterauftragnehmer sind Sie verpflichtet, nach den allgemeinen Wettbewerbsgrundsätzen des GWB zu verfahren. Es müssen den Verträgen mit Unterauftragnehmern die allgemeinen Bedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B) zu Grunde legen.

Dem Unterauftragnehmer dürfen Sie keine ungünstigeren Bedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B) zu Grunde legen. Sie sind verpflichtet, ihre Unterauftragnehmer vor oder bei Vertragsabschluss davon zu unterrichten, inwieweit die VOPR 30/53 anzuwenden ist.

6. EU- Antiterrorverordnungen

Der Auftraggeber weist darauf hin, dass nach den so genannten EU–Antiterrorverordnungen (EG 2580/2001 und EG 881/2002) die Vergabe von Aufträgen an Bieter, die selbst oder deren Mitarbeiter diesen Verordnungen unterfallen, verboten sind.

Bieter haben sich bei der Vergabe von Unteraufträgen zu vergewissern, dass sie dabei nicht selbst gegen die Verordnungen verstoßen.

7. Nachweise

Die in den Vertragsunterlagen geforderten Nachweise sind vollständig zu erbringen. Der Auftraggeber behält sich vor, fehlende Nachweise und Erklärungen nachzufordern. Es besteht allerdings kein Rechtsanspruch des Bieters auf eine Nachforderung fehlender Nachweise/Erklärungen.

Hinweis: Im Falle der Bildung einer Bietergemeinschaft, sind die Nachweise von allen Mitgliedern der Gemeinschaft zu erbringen. Die Referenzanforderungen muss die Bietergemeinschaft lediglich insgesamt erbringen.

8. Zuschlagskriterien und deren Wichtung

Der Zuschlag erfolgt auf das wirtschaftlichste Angebot, insgesamt gilt dabei folgende Wertungsmatrix:

8.1 Wirtschaftlichkeit (Preis) – 80 %

Bewertungsbereich	Gewichtung
8.1.1 Gesamtpreis Angebot / Gerät	50 %
8.1.2 Gesamtpreis Folgekosten / Service	10 %
8.1.3 Gesamtpreis Fasern (Einweg + Mehrweg)	20 %

8.2 Technischer Wert (Teststellung) – 20 %

Bewertungsbereich	Gewichtung
8.2.1 Teststellung (B-Kriterien)	20 %

Gesamtgewichtung

Bereich	Gewichtung
Preis (A-Kriterien)	80 %
Technischer Wert (B-Kriterien)	20 %
Gesamt	100 %

Gesamt

Die Zuschlagserteilung erfolgt an den Bieter, der insgesamt die höchste Prozent-Punktzahl erreicht.

- Ende der Bewerbungsbedingungen -